

## **Initiativantrag**

### **der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Sicherung der oberösterreichischen Bundesheerstandorte**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1) die Stellungsstraße und die Ergänzungsabteilung des Militärkommandos OÖ für Stellungspflichtige in Linz belassen und die Objekte 4 und 6 am Standort Garnisonstraße weiterhin für Stellung, Ergänzungscommando und die Abteilungen des Abwehramtes, des Heeresnachrichtenamtes und der Führungsunterstützung genutzt werden. Das Gebäude 11 mit den angrenzenden Grundflächen und Lagerhallen könnte nach Übersiedlung der dort untergebrachten Abteilungen in das Objekt 4 - bzw. in andere Lagerkapazitäten des Militärkommandos - der Stadt Linz für die Innenstadtentwicklung zum Kauf angeboten werden.

2) die Kaserne Freistadt als Ausbildungsstätte des Bundesheeres in Betrieb bleibt, um die hohe Qualität in der Ausbildung durch den nahen Übungsraum sowie den Erhalt von 50 Arbeitsplätzen bei verhältnismäßig niedrigen Betriebskosten zu gewährleisten.

### **Begründung**

Mit der Aussetzung des Strukturpakets für Maßnahmen zur Leistungsanpassung des Bundesheeres ist eine Neubewertung der dort vorgesehenen, allerdings unter anderen geopolitischen Rahmenbedingungen beschlossenen, Vorhaben betreffend die Kasernen in Österreich möglich und notwendig.

Insbesondere Oberösterreich wäre von der Schließung der Kaserne Freistadt und der Auflassung der Stellungsstraße in Linz durch Verlegung nach Hörsching überproportional betroffen. Während aus anderen, weniger betroffenen Bundesländern diese Neubewertung ihrer Standorte vehement eingefordert und für den Erhalt der Kasernen seitens der jeweiligen Landesregierung offensiv interveniert wird, fehlt dieses Engagement aus Oberösterreich. Ganz im Gegenteil lässt sich eher der Eindruck gewinnen, als hätte sich die Regierungskoalition bereits mit den Planungen abgefunden, obwohl diese nachweislich nachteilig für Oberösterreich und seine Jugendlichen sind.

Für den Fall der Verlegung der Stellungenstraße und der Ergänzungsabteilung des Militärkommandos OÖ von Linz nach Hörsching, würde es dort zu Engpässen bei den UnterkunftsKapazitäten bei den Präsenzdienern kommen, weshalb beispielsweise bisherige Lehrsäle in Präsenzdieners-Unterkünfte umfunktioniert werden. Es wird in Kauf genommen, dass Stellungspflichtige künftig nicht mehr auf einfachstem Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln ihrer Stellungspflicht nachkommen können. Dabei wurden erst kürzlich zur Unterbringung der Ergänzungsabteilung 1,6 Millionen Euro in das Objekt 6 auf dem Areal des Standortes Garnisonstraße investiert. Bei diesem vom Bundesheer genutzten Amtsgebäude spielt zentrale und leichte Erreichbarkeit eine besonders wichtige Rolle.

Mit dem Erhalt der Kaserne Freistadt können bei verhältnismäßig niedrigen Betriebskosten 50 Arbeitsplätze in der von der Arbeitsmarktsituation ohnehin nicht begünstigten Region Mühlviertel gehalten werden. Mit einer Schließung wird zudem in Kauf genommen, dass junge Männer für die Ableistung ihres Wehrdienstes ihr Bundesland verlassen müssen. Dabei wollen 95 Prozent der Wehrpflichtigen ihren Grundwehrdienst in Oberösterreich ableisten, nur 60 Prozent können dies allerdings aufgrund der vorhandenen Ausbildungsplätze tatsächlich tun.

Mit Freistadt würde eine weitere von derzeit fünf Kasernen geschlossen, während gemäß dem Strukturpaket Bundesheer Kärnten nur eine von zehn und Niederösterreich nur eine von 18 Kasernen verlieren würden. Das kleinere Bundesland Kärnten hätte dann immer noch mehr als doppelt, das unwesentlich größere Niederösterreich mehr als vier Mal so viele Kasernen wie Oberösterreich.

Linz, am 1. März 2016

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Krenn, Müllner, Promberger, Rippl, Makor, Bauer, Peutlberger-Naderer, Schaller, Punkenhofer, Weichsler-Hauer, Binder**